

## Verfahrensvermerke

1. Die berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 3.9.1996 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Feldberg, den 6.3.1997



*J. Forberger*  
Bürgermeister

2. Der Entwurf der Satzung, einschließlich textlicher Festsetzungen und der Begründung, haben vom 18.9.1996 bis 27.10.1996 gemäß Paragr. 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen.

Feldberg, den 6.3.1997



*J. Forberger*  
Bürgermeister

3. Die Stadtvertretung hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen der Bürger sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am 5.11.96 / 23.1.97 / 6.3.97 geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

Feldberg, den 6.3.1997



*J. Forberger*  
Bürgermeister

4. Der geänderte Entwurf der Satzung, einschließlich textlicher Festsetzungen und Begründung, haben erneut vom ..... bis ..... öffentlich ausgelegen und die berührten Träger öffentlicher Belange wurden beteiligt.

Feldberg, den

*J. Forberger*  
Bürgermeister

5. Die Stadtvertretung hat in Ihrer Sitzung am 6.3.1997 auf Grund der Paragr. 34 Abs. 4 und 5 des BauGB und des Paragr. 5 Abs. 1 der Kommunalverfassung die Satzung der Stadt Feldberg, über die Festlegung und Abrundung des im Zusammenhang bebauten Ortsteiles für das Gebiet (siehe Präambel) beschlossen.

Feldberg, den 6.3.1997



*J. Forberger*  
Bürgermeister

6. Die Satzung wurde mit Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde vom 9.7.1997 AZ. II - 61 - GrW ..... genehmigt.

Feldberg, den 9.7.1997



*J. Forberger*  
Bürgermeister

7. Die Satzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A), dem Textteil B sowie der Anlage 1, wird hiermit ausgefertigt.

Feldberg, den 25.3.1998



*J. Forberger*  
Bürgermeister

8. Die Genehmigung der Satzung ist gemäß Paragr. 246 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 Satz 2 BauGB am 10.6.1998 ortsüblich an den Bekanntmachungs- ankstellern bekanntgemacht worden und damit wirksam.

Feldberg, den 10.6.1998



*J. Forberger*  
Bürgermeister